

FDP



LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE

FDP LWL Freiherr-vom-Stein-Platz 1 48147 Münster

FDP-Fraktion der Landschaftsversammlung
Freiherr-vom-Stein-Platz 1, 48147 Münster

Ruf: 0251 / 591-262
Fax: 0251 / 591-5337

E-Mail: buero@fdp-westfalen.de
Internet: www.fdp-westfalen.de

-Es gilt nur das gesprochene Wort-

Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 22. April 2010 im Landeshaus
zu Münster

**Redebeitrag der FDP-Fraktion durch ihren Vorsitzenden Stephen Paul zum
Haushalt 2010, zur Finanzplanung und zum Stellenplan**

::: ES GILT DAS GESPROCHENE WORT :::

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Gebhard,
sehr geehrter Herr Direktor Dr. Kirsch,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete der Versammlung,
beim Landschaftsverband weht ein frischer Wind! Eine Mehrheit der
Landschaftsversammlung hat sich entschieden gegen die weitere
Ausgrenzung kleinerer Fraktionen, gegen einseitige parteipolitische
Dominanz, für eine sachorientierte Zusammenarbeit. Eine selbstbewusste
Mehrheit der Landschaftsversammlung definiert ihre Rolle wieder auf
Augenhöhe mit der Verwaltung. Wir, die Fraktion der Abgeordneten der
Freien Demokraten und der Freien Wähler, sind stolz und dankbar, aktiv
an dieser positiven Entwicklung beteiligt zu sein. Wir tun damit Gutes
für den LWL, für Westfalen-Lippe.
Auch heute, wenn wir mit geeigneten Beschlüssen sicher stellen, dass
sich der LWL als Teil der „kommunalen Familie“ in Westfalen versteht.
Als Vertreter unserer jeweiligen Heimatkreise und Heimatstädte sorgen
wir dafür, dass der Verband sich in seiner Haushaltsführung an den
finanziellen Verhältnissen unserer Mitgliedskörperschaften orientiert.
Sich nicht – weil am längeren Umlage-Hebel – besser stellt als die
Kreise und Städte, die momentan allesamt ihre Rücklagen verbrauchen.
Unser Entschluss, auf die vom Direktor vorgeschlagene Erhöhung der
Umlage zu verzichten, entlastet die westfälischen Kommunen um rund 51
Millionen Euro. Eine willkommene Nothilfe zur rechten Zeit.

Öffnungszeiten des Fraktionsbüros:
Mo. – Fr. 9:30 – 12:30 Uhr

Fraktionsvorsitzender: Stephen Paul
Fraktionsgeschäftsführerin: Birgitt Vomhof

Konto 47 621
Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50

Auch auf Sicht wollen wir hier keine Initiative schuldig bleiben, die in unserem Einflussbereich möglich ist, um Spielräume für die kommunale Selbstverwaltung in Westfalen-Lippe zu erhalten. Wir sind uns einig, dass alle Dienstleistungen und Unternehmensbeteiligungen des Verbandes kritisch auf ihre Kostenfolgen hin erneut auf den Prüfstand gehören. Der jetzt eingeleitete Ausstieg bei der WLE, MVG und WVG sind dafür gute Beispiele und strategisch richtig.

Gleichzeitig hoffen wir auf eine Neuregelung der kommunalen Einnahmehasis durch den Gesetzgeber. Weg von der konjunkturanfälligen Gewerbesteuer, hin zu einem auskömmlichen Anteil an der Umsatzsteuer, hin zu einem kommunalen Hebesatzrecht für die Einkommens- und Körperschaftssteuer bei damit einhergehender Senkung der entsprechenden Bundessteuern.

Auch eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe ist längst überfällig, um die kommunale Familie wirksam zu entlasten. Ich fordere dazu auf, es nicht nur bei dem heutigen Beschluss zu belassen. Nutzen wir die Not der Stunde und starten wir gemeinsam mit dem LVR eine regelrechte Kampagne zur Eingliederungshilfe in der Bundeshauptstadt und den Landeshauptstädten. Machen wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landtage, die Journalisten und andere Meinungsbildner auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam. Ich bitte die Verwaltung, hierzu geeignete Kampagne-Maßnahmen zu erarbeiten und in der nächsten Sitzung des Ältestenrats mit den Fraktionen abzustimmen. Dass die kommunale Familie überfordert ist mit dem Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe, muss erst einmal in die Köpfe der Entscheider, bevor eine Bundesbeteiligung ins Gesetzblatt gelangt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es weht ein frischer Wind beim LWL! So kann ich heute aussprechen, ohne gleich von anderer Seite beschimpft zu werden, was die Tatsachen bei der WestLB für unsere Kommunen sind. Entgegen aller unserer Warnungen und Vorschläge, ist hier beim LWL viel zu lange am großen Rad gedreht worden. Man hat wissentlich Risiken auf sich genommen, die im Zweifelsfall die Finanzkraft unseres Verbandes überfordern. Vorsichtig gerechnet, sind durch diese misslungene Beteiligungspolitik bis heute schon mindestens 163 Mio. Euro verbrannt worden. Viel Geld, was ansonsten für unsere sozialen und kulturellen Aufgaben zur Verfügung gewesen wäre. Kommunales Geld. Galt die WestLB-Beteiligung vor wenigen Jahren noch als verbandspolitisch wertvoll, sind genau diese Beteiligung und die daraus entstandenen Risiken heute existenzgefährdend für unseren Verband. Wie keine andere Fraktion, haben sich die Freien Demokraten und die Freien Wähler schon vor Jahren hier eingebracht mit ihrem Fachverstand, um den Verband durch einen Ausstieg zur rechten Zeit vor diesem Desaster zu bewahren. Herr Direktor Dr. Kirsch wird bestätigen können: Genauso wirken wir heute konstruktiv und verlässlich mit, um den eingetretenen Schaden zu begrenzen und zu bewältigen.

Herrn Dillmann und Herrn Strototte sind wir zu Dank verpflichtet für die jederzeitige Information über die Entwicklung bei der WestLB und der WLW.

Genauso wie Herrn Dr. Baur, den Dezernenten und Herrn Dr. Lunemann für alle informativen Fachgespräche der vergangenen Monate.

Den Vertretern der Fraktionen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen möchten wir für das vertrauensvolle und ergebnisorientierte Zusammenwirken bei der politischen Meinungsbildung danken.

Heute muss nun jeder einzelne kommunale Abgeordnete der Versammlung für sich entscheiden:

Einerseits haben die Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP ein Beschlussvorschlag vorgelegt, mit dem die westfälischen Kreise, Städte und Gemeinden in der finanziellen Not kurzfristig entlastet werden. Gleichzeitig zeigen wir einen Weg für die nächsten Jahre auf, um eine nachhaltige, kommunalfreundliche Haushaltsführung beim LWL sicher zu stellen. Andererseits sprechen sich der LWL-Direktor und die Linkspartei für eine Erhöhung der Umlage aus. Ich appelliere an die noch unentschlossenen Abgeordneten, insbesondere der CDU-Fraktion, die sich irgendwo dazwischen wiederfindet, sich dem kommunalfreundlichen Weg der neuen Mehrheit anzuschließen.

Vielen Dank.

Bei Rückfragen:

Fraktionsvorsitzender Stephen Paul **0176 / 83 018 201**